



Hinweis des Sprechers des Dialogforums:  
Mit diesem Schreiben entspricht  
das BMVI der Bitte des 29. Dialogforums  
auf Fristverlängerung bis Herbst 2018  
und Zusammenarbeit bei Erstellung  
der Akzeptanzvorschläge.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Minister für  
Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und  
Tourismus des Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Dr. Bernd Buchholz  
Düsternbrooker Weg 94  
24105 Kiel

**Dr. Gerhard Schulz**  
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2150  
FAX +49 (0)30 18-300-2169

sts-s@bmvi.bund.de  
www.bmvi.de

### **Betreff: ABS/NBS Hamburg - Lübeck - Puttgarden**

Bezug: Unser Gespräch am 5. Oktober 2018

Aktenzeichen: E 21/519.4/301

Datum: Berlin, 24.10.2018

Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Minister,

nochmals vielen Dank für unser Gespräch am 5. Oktober 2018 zur  
ABS/NBS Hamburg – Lübeck - Puttgarden.

Sie und die Vertreter des Dialogforums FBQ haben deutlich gemacht, dass in der Region eine hohe Bereitschaft vorhanden ist, gemeinsam zu den im Forderungskatalog des Dialogforums enthaltenen Maximalforderungen alternative Lösungen zu finden, die den Gesamtwertumfang des Forderungskatalogs deutlich reduzieren. Hierzu fanden auch bereits von Ihnen initiierte Gespräche zwischen der DB Netz AG und den betroffenen Kommunen statt.

In diesen Gesprächen wurden alternative Lösungen besprochen, die den Interessen der Kommunen entgegenkommen. Diese Alternativen liegen nach Aussage der DB Netz AG weitgehend ausgearbeitet vor. Im Bericht der DB Netz AG an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) konnten allerdings die bestehenden Kernforderungen nicht ersetzt werden, da bisher keine Kommune zugunsten der entwickelten Alternativen davon Abstand genommen hat.

Hier bedarf es aus meiner Sicht einer abschließenden Festlegung, die in einem vom Land moderierten Gespräch zwischen DB Netz AG und den betroffenen Kommunen und Vertretern des Dialogforums entwickelt werden sollte.

Der von Seiten der Vertreter des Dialogforums erbetene Zeitraum von sechs Monaten ist aus meiner Sicht dazu nicht erforderlich. Vor dem Hintergrund der Dringlichkeit des Vorhabens im Hinblick auf die





Seite 2 von 2

Verpflichtung Deutschlands zur zeitgleichen Inbetriebnahme der Hinterlandanbindung gemeinsam mit der Festen Fehmarnbeltquerung bitte ich Sie, darauf hinzuwirken, dass eine solche Festlegung bis zum 30. November 2018 erarbeitet wird. Diese wird dann in den Bericht des BMVI an den Deutschen Bundestag einfließen können.

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Schulz